

Kredit verspielt haben, erscheint ein Umbruch im Iran in jedem Fall unvermeidlich, ganz gleich, ob die USA sich entscheiden, am Persischen Golf noch einmal Weltpolizei zu spielen. Der Widerstand organisiert sich; die an der Spitze der Bewegung stehenden Studenten beklagen inzwischen öffentlich, dass sie Khatamis „Lügen“ geglaubt und Zeit und Wählerstimmen vergeudet hätten.¹² Die Generation der heute 18 bis 25jährigen, die laut Khomeini einmal die Speerspitze der Revolution werden sollten, stellt das gesamte System in Frage. Noch fehlt der Opposition eine Führung; doch sobald die rebellische Stimmung in offenen Widerstand umschlägt, könnte es zu einem Blutbad kommen. Vielleicht ist es schon zu spät, das noch zu verhindern.

Mostafa Danesch

Mythen von Cancún

1999 stürzte die WTO in eine tiefe Krise. Die Ministerkonferenz von Seattle galt als gescheitert – und mit ihr, zumindest vorerst, der jahrelange Versuch eine neoliberale Wirtschaftswelt zu schaffen. Vier Jahre später steht die Welthandelsorganisation erneut am Scheideweg. Die 5. Ministerkonferenz, welche die Verhandlungsführer vom 10. bis zum 14. September in das mexikanische Ferienparadies Cancún führen wird, steht unter keinem guten Stern. Die Konfliktfelder sind abgesteckt, von Urlaubsstimmung keine Spur. Da gibt es etwa die Forderung, den Kompetenzbereich der WTO auszuweiten; es gibt mahnende Stimmen, die nach einer Beschränkung der Macht rufen; mit 12 Vgl. „Kar“, 23.7.2003.

Blick auf die unilateralistische Haltung der US-Regierung wird die Frage diskutiert, ob es die Supermacht auch künftig noch nötig haben wird, sich den WTO-Regeln zu beugen; die Verhandlungen der seit zwei Jahren laufenden Welthandelsrunde sind ins Stocken geraten und der Unmut der Länder des Südens wächst stetig. An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Organisation weit von einer Überwindung der Krise entfernt ist. Um dennoch einen „erfolgreichen“ Abschluss zu erzielen, werden bereits im Vorfeld der Konferenz zwei Mythen ins Feld geführt: der Mythos, es handele sich um eine Entwicklungsrunde, und zweitens, die WTO agiere multilateralistisch.

Besondere Brisanz gewinnt die Ministerkonferenz in Cancún durch die Schlüsselentscheidung, die hier ansteht: Die WTO-Mitglieder sollen darüber entscheiden, ob die Handelsrunde um die so genannten Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handels erleichterung) erweitert wird. Hier zeichnen sich scharfe Auseinandersetzungen ab, denn während allen voran die EU auf die Aufnahme von Verhandlungen zu diesen Themen drängt, lehnt die Mehrzahl der Entwicklungsländer dies ab. Sie begründen ihre Position damit, dass sie schon jetzt mit der breiten Verhandlungsagenda überfordert sind und die Ausrichtung der Singapur-Themen entwicklungspolitisch für fragwürdig halten. Besonders das geplante Investitionsabkommen wird unter Beschuss genommen: Es würde die Entwicklungsländer daran hindern, genau jene wirtschaftlichen Strategien zu nutzen, durch welche die heutigen Industrie- und Schwellenländer ihren Entwicklungsstand erreicht haben (wie Investitionsbeschränkungen oder die Bevorzugung inländischer Unternehmen). Die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Investitionen“ deuten außerdem auf eine einseitige Ausrichtung des Abkommens zugunsten von Investorenrechten hin, wie es schon im Rahmen der OECD

mit dem gescheiterten Multilateral Agreement on Investment (MAI) angestrebt wurde.¹ Denn während transnationalen Konzernen auf der einen Seite die Gleichbehandlung mit inländischen Investoren und ein umfassender Investitionsschutz garantiert werden, sind auf der anderen Seite soziale, menschenrechtliche oder ökologische Pflichten nicht vorgesehen.

Daher haben sich bereits knapp 80 Entwicklungsländer öffentlich gegen die Aufnahme von Verhandlungen zu den Singapur-Themen ausgesprochen, darunter über 50 afrikanische Staaten und die Marktriesen China und Indien. Die großen Player in der WTO, allen voran die EU, halten dagegen und haben deutlich gemacht, dass ein „Ja“ zu den neuen Themen in Cancún für sie absolute Priorität hat. Wie dieser Konflikt gelöst werden soll, ist unklar, sicher ist dagegen, dass EU & Co. versuchen werden, eine Bearbeitung der „Singapur-Themen“ mit Zugeständnissen in anderen Verhandlungsbereichen durchzusetzen.

Dazu gehört eine Lösung im schwelenden Konflikt „TRIPS und Medikamente.“ Hier wird darüber gestritten, in welchen Fällen Entwicklungsländer ohne eigene Pharmaindustrie billige Generika anstelle patentierter Originalmedikamente importieren dürfen. Eine Einigung scheiterte an den USA und der Schweiz, welche die Regelung auf Epidemien wie AIDS oder Malaria beschränken wollen. Damit würde Entwicklungsländern der Zugang zu Medikamenten gegen Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck oder Lungenentzündung, die in zahlreichen Fällen tödlich enden, verwehrt. Und das, obwohl ihnen auf der Ministerkonferenz in Doha vor zwei Jahren in äußerst blumigen Worten zugesichert wurde, alle nötigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergreifen zu können.

1 Vgl. Stefan Welzk, Visionen des MAI. A Brave New Corporatist World?, in: „Blätter“, 1/1999, S. 40-50. – D. Red.

An prominenter Stelle auf der Liste ihrer Interessen steht außerdem der Agrarhandel. Hauptanliegen der Länder des Südens ist hier die Möglichkeit, ihre Agrarpolitiken flexibel zu gestalten, sensible Märkte gegen Fluten von Billig-Nahrungsmitteln aus Industrieländern zu schützen und Zugang zu den Märkten des Nordens zu erhalten. Bisher gab es in diesen Fragen jedoch kaum Zugeständnisse, auch wenn die PR-Offensiven der USA und EU anderes verlauten lassen. Denn weder der amerikanische Vorschlag, die Zölle auf Agrarprodukte radikal zu senken, noch das jüngste Reformchen der Europäischen Agrarpolitik werden am Gesamtniveau der Subventionen und an den Dumpingexporten in den Süden etwas ändern.

Das hielt den europäischen Handelskommissar Pascal Lamy jedoch nicht davon ab, den „großen Wurf“ sogleich propagandistisch für die Agenda der EU in anderen Bereichen zu nutzen, indem er die anderen WTO-Mitglieder aufforderte, jetzt ihrerseits Konzessionen zu machen.

Welche Entwicklung?

Diese Aussage zielt neben den Singapur-Themen auf die weitere Liberalisierung im Dienstleistungssektor durch das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services). Ähnlich wie die USA, Japan oder Kanada drängt die EU hier auf eine weitere Marktöffnung im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, aber auch auf die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung, die bisher vom Geltungsbereich des Abkommens ausgenommen war. An insgesamt 72 Staaten, darunter zahlreiche Entwicklungsländer, hat die EU in diesem Sektor Forderungen gestellt und drängt auf die Beseitigung von staatlichen Regulierungen wie Preisobergrenzen oder Auflagen für die Trinkwasserversorgung in Armenvierteln.

Schon diese kurzen Einblicke in die Interessengegensätze zwischen Nord und Süd zeichnen ein gänzlich anderes Bild, als es der Euphemismus der vor zwei Jahren ausgerufenen „Doha-Entwicklungsrunde“ nahe legt. Denn die von Entwicklungsländern eingeforderte Flexibilität zur Gestaltung ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik wird ihnen nicht zugestanden, und durch eine weitere Liberalisierungswelle beim Handel mit Dienstleistungen und Gütern sowie der Ausweitung des Schutzes von Investorenrechten werden ihnen genau die Instrumente verwehrt, welche die Erfolge von Industrie- und Schwellenländern ermöglicht haben. Gleichzeitig droht die weitere Öffnung der Märkte für Agrar- und Industrieprodukte, Dienstleistungen und schwankende Kapitalflüsse, die die Wirtschafts- und Finanzsysteme der Länder des Südens zu destabilisieren drohen. Knapp zwei Jahre nach Doha zeichnet sich statt einer „Entwicklungsrunde“, die den Handel in den Dienst menschlicher Entwicklung stellt, lediglich die Fortsetzung einer Handelspolitik ab, welche darauf zielt, die WTO-Regeln vor allem im Dienste transnational agierender Unternehmen auszubauen. Konsequenterweise hatte sich UNCTAD-Generalsekretär Ricupero bereits Ende letzten Jahres geweigert, weiter von einer „Entwicklungsrunde“ zu sprechen, da es keine Anzeichen dafür gebe, dass die WTO-Verhandlungen diesem Terminus gerecht würden.

Das hält andere jedoch nicht davon ab, den Mythos einer „Entwicklungsrunde“ weiter zu beschwören. Ende März verlangte die damalige britische Ministerin für Entwicklungspolitik von der internationalen Gemeinschaft, sich ähnlich wie nach dem 11. September 2001 eindeutig zu einer gerechten Welt zu bekennen und die Doha-Runde zum Erfolg zu führen. Die Wirkung dieser Rhetorik in der Öffentlichkeit, die mit ihr einhergehende Stigmatisierung von WTO-Kritikern als Blockierern von Entwicklungsprozessen und die dem Wort

inhärente Einbindung der Länder des Südens sollte nicht unterschätzt werden.

Ähnliches gilt für die „Multilateralismus-Keule“, die wenige Wochen vor Cancún von Wirtschaftsvertretern, Handelskommissar Pascal Lamy, aber auch den deutschen Grünen geschwungen wird. Es gelte, den transatlantischen Spannungen im Zuge des Irakkriegs und dem Unilateralismus der USA mit einem entschiedenen Bekenntnis zum Multilateralismus entgegenzutreten. So mahnt die International Chamber of Commerce (ICC): „Unsere wichtigste Botschaft: Jetzt, wo der Irakkrieg vorüber ist, drängen wir die Regierungen, ihre Meinungsverschiedenheiten hinter sich zu lassen und in erneuerte multilaterale Kooperation einzutreten.“ Auch in Diskussionen über das geplante Investitionsabkommen wird der Multilateralismus gerne ins Feld geführt und mit dem Verweis auf die über 2 000 bilateralen Investitionsabkommen behauptet, dass Entwicklungsländer bei den Verhandlungen zu einem multilateralen Abkommen eine deutlich stärkere Verhandlungsposition hätten.

Welcher Multilateralismus?

Diese Argumentation verschweigt nicht nur die Tatsache, dass ein WTO-Investitionsabkommen die bestehenden Verträge nicht ersetzen, vielmehr nur ergänzen würde, sondern auch den Charakter des Multilateralismus, der in der WTO vorherrscht. Auf dem Papier durch das Prinzip „Ein Land, eine Stimme“ demokratisch anmutend, zeichnet sich die faktische Rechtsordnung der WTO durch einen gravierenden Mangel an Demokratie und Transparenz aus: Aufgrund von fehlenden personellen und finanziellen Kapazitäten ist der Kreis der aktiven Mitglieder auf wenige beschränkt und die Entscheidungen werden in informellen Vorverhandlungen in den so genannten *green rooms*

gefällt, zu denen der Großteil der WTO-Mitglieder keinen Zutritt hat. Abgesehen von solchen informellen Machtmechanismen ist dieser Multilateralismus begleitet von Druckmitteln, die auf Länder angewendet werden, welche sich der Agenda der großen Handelsnationen entgegenstellen. Diese Drohkulisse reicht von der Androhung, Entwicklungshilfe und Handelspräferenzen zu streichen, bis zu dem Versuch, über Telefonanrufe in die Hauptstädte Druck auf die Verhandlungsführer vor Ort auszuüben. Insofern ist es irreführend, die WTO als „multilaterale Institution“ zu bezeichnen, zumindest dann, wenn man unter Multilateralismus partnerschaftliche Kooperation versteht, die zu einem fairen Ausgleich von Interessen führen soll. Der Multilateralismus der WTO ist dagegen ein hegemonialer, wenn nicht sogar ein Kondominium, bei dem es den USA und der EU gelingt, über die Instrumentalisierung einer vermeintlich multilateral agierenden Organisation ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Wer in Cancún die Rettung des Multilateralismus anstrebt, ist somit auf dem Holzweg.

Der hegemoniale Multilateralismus der WTO ist sicherlich eine Erklärung für das Scheitern der Ministerkonferenz in Seattle sowie das Ausrufen einer neuen Welthandelsrunde in Doha vor zwei Jahren. Denn während in Seattle die transatlantischen Differenzen nicht überwunden werden konnten, fochten Pascal Lamy und sein amerikanischer Kollege Robert Zoellick in Doha Schulter an Schulter ihre Interessen durch. Hinzu kam die Losung „*countering terror with trade*“, die in Doha verknüpft wurde mit finanziellen Zusagen im Rahmen der Anti-Terror-Koalition sowie wiederholten Appellen, die Weltwirtschaft nicht durch die Ablehnung einer neuen Handelsrunde in eine Rezession zu stürzen. Trotz der lautstarken Ablehnung einer neuen Runde durch zahlreiche Entwicklungsländer im Vorfeld der Konferenz legten sie letztendlich kein Veto ein.

Die Äußerung von Robert Zoellick, ähnlich wie 9/11 könnte auch der Irakkrieg der Handelsrunde neuen Schwung geben, macht deutlich, dass die USA weiterhin Handels- mit Sicherheitspolitik gleichsetzen. Vor diesem Hintergrund wird es nur wenigen Regierungen gelingen, sich der mit dem „Anti-Terror-Label“ versehenen Freihandelsagenda von EU und USA zu widersetzen. Dass die beiden Handelsblöcke auch in Cancún gemeinsame Sache machen werden, lassen die jüngsten diplomatischen Initiativen erwarten. So versicherten Lamy und Zoellick am Rande des OECD-Treffens Ende April, weder die anhaltenden transatlantischen Spannungen noch WTO-Streitfälle könnten ihre Handelsbeziehungen ernsthaft belasten.

Pia Eberhardt

Umwertung der Werte

Nach der jüngst erfolgten Einigung über Eckpunkte der „Gesundheitsreform“¹ nahm Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) für sich in Anspruch, eine „eindeutig sozialdemokratische Reform“ in die Wege geleitet zu haben, während die CDU-Vorsitzende Angela Merkel behauptete, der Kompromiss trage „die Handschrift der Union“. Ein offenkundiger Widerspruch? Mitnichten. Denn die Vorstellungen der beiden großen „Volksparteien“ darüber, wie der deutsche Sozialstaat nach dessen Umbau auszusehen habe, sind sich mittlerweile so ähnlich,

1 Vgl. den Beitrag von Werner Schneider und Norbert Schmacke in dieser Ausgabe. – D. Red.